

Industriestandort OÖ braucht Senkung der Abgabenquote und einfaches MwSt.-System

Die hohe Abgabenquote von 43 Prozent und die geplante Neuregelung des EU-MwSt.-Systems belasten die heimische Industrie.

„Die Abgabenquote muss – analog zu Deutschland – auf den Durchschnittswert der Eurozone von 40 Prozent abgesenkt werden, damit Österreich in Europa als Investitionsstandort wieder attraktiv wird“, ist Günter Rübzig, Obmann der Sparte Industrie der WKOÖ, überzeugt.

„Positiv ist jetzt, dass im Regierungsprogramm die Senkung der Abgabenquote, der Körperschaftssteuer und der Lohnnebenkosten enthalten sind. Jetzt geht es vor allem darum, dass diese Vorhaben auch umgesetzt werden“, so Rübzig.

Die Finanzierung muss durch eine Durchforstung der Staatsausgaben erfolgen. Nach übereinstimmender Meinung des Rechnungshofs und der Wirtschaftsforschungsinstitute können mit einer umfassenden Staats- und Verwaltungsreform in den Bereichen Pensionen, Gesundheit, Verwaltung und Förderungen vier Prozent des BIP eingespart werden. Das entspricht in etwa jenen zwölf Mrd. Euro, die notwendig sind, um die Abgabenquote von Deutschland in der Höhe von 40 Prozent zu erreichen.

Bei der Umsatzsteuer sollte laut Rübzig die neue Bundesregierung ihre Energie auf die Verhinderung des von der EU-Kommission vorgeschlagenen neuen Mehrwertsteuersystems



„Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, braucht die öö. Industrie eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote sowie eine Vereinfachung des MwSt.-Systems.“

Günter Rübzig, Obmann der Sparte Industrie der WKOÖ

verwenden, da dieses die österreichischen Unternehmen extrem belasten würde. Demnach sollen Warenlieferungen innerhalb der EU künftig wie inländische Lieferungen be-

steuert werden. Das bedeutet, dass bei grenzüberschreitenden Leistungen die Mehrwertsteuer des Bestimmungslandes in Rechnung zu stellen ist. Jeder Lieferant, der innerhalb der EU Waren versendet, muss also die Steuersätze von 28 Staaten wissen und berücksichtigen.

„Statt der proklamierten Vereinfachung würde eine aufwendigere und kompliziertere Lösung kommen und dann eine Verschärfung eintreten. Das neue Mehrwertsteuersystem würde sich zu einem wahren Bürokratiemonster entwickeln. Ständige Änderungen bei den MwSt.-Sätzen in den Mitgliedstaaten würden die Unternehmen vor unlösbare Probleme stellen und die Kosten für die Informationsbeschaffung ins Uferlose steigen lassen. Weitaus höhere Verwaltungskosten und ein erhöhtes Haftungsrisiko für die Exportunternehmen stellen dann ein unzumutbares Risiko für innergemeinschaftliche Lieferungen dar“, fürchtet der Spartenobmann.

